

blick nach

rechts

Aufklärung über rechtsextreme Aktivitäten: 20. Jahrgang, Nr. 4, 20. Februar 2003

Einblicke

Täter zu Opfern

Von Heiner Lichtenstein

Den Anfang machte Bundeskanzler Konrad Adenauer. Schon während der ersten Legislaturperiode des Deutschen Bundestages empfahl er, „mit der Naziriecherei aufzuhören“ – erfolgreich. Die Entnazifizierung scheiterte an der Solidarisierung der Bevölkerung mit den Tätern. Das änderte sich 1958 durch die systematische Suche nach Tätern. Stichwort: Zentrale Stelle Ludwigsburg. Mit den 68ern nahm der Druck auf die Instanzen zu. Endlich sollte damit begonnen werden, die eigene blutige Vergangenheit aufzuarbeiten. NS-Prozesse, Filme und Bücher öffneten einer breiten Öffentlichkeit die Augen. Das ging so bis in die jüngste Zeit: Wehrmachtsausstellung, Bubis-Walser-Debatte, Goldhagens Buch „Hitlers willige Vollstrecker“.

Dann zeichneten sich erste Ansätze zu neuen Themen ab. Grass' „Kreuzgang“ beschuldigte die Sowjetunion des Kriegsverbrechens durch die Versenkung der „Wilhelm Gustloff“. Die aber hatte auch Soldaten an Bord. Es folgte Jörg Friedrichs „Der Brand“ mit ähnlichen Vorwürfen gegen die USA und England. Es wurden Parallelen zwischen brennenden deutschen Städten und KZ-Krematorien gezogen. Der 70. Jahrestag des 30. Januar 1933 wurde in den Medien weitgehend übergangen. Der 60. von Stalingrad hingegen konnte gar nicht breit genug ausgewalzt werden. Und jetzt hält es der Dortmunder Professor Gerhard Sollbach für erforderlich, die „Kinderlandverschickung“ aufzuarbeiten. Die Nazis retteten deutsche Kinder vor dem Luftterror der Alliierten.

Aus dem Volk der Täter soll das Volk der Opfer werden. Solche Versuche hat es seit der Befreiung immer wieder gegeben – ohne Erfolg. Diesmal scheint es anders zu laufen. Jörg Friedrich hat früher international anerkannte Dokumentationen vorgelegt. Jetzt hat er Zweifel an deutscher Schuld und Verantwortung für den Massenmord in Babij Jar im September 1941 mit mehr als 33 000 Opfern angemeldet. Damit hat er sich selbst ins rechtsextreme Lager verabschiedet.

Friedensapostel

Vertreter der extremen Rechten wollen in der Antikriegsbewegung Fuß fassen.

Seite 2 ■

Kein einigendes Thema

Christian Worchs Aufmarsch in Chemnitz gegen die „Wehrmachtsausstellung“ hat ohne die NPD stattgefunden.

Seite 3 ■

Kronzeuge der Anklage

NPD-Anwalt Horst Mahler nimmt mit seinen antisemitischen Ergüssen keinerlei taktische Rücksicht auf seine Partei.

Seite 4 ■

Nachfolgezwistigkeiten

Beim rechtsextremen Front National erheben mehrere Parteikader Anspruch auf die künftige Führung.

Seite 5 ■

Fragwürdige Thesen

Bestseller-Autor Jörg Friedrich begibt sich in das Lager der Geschichtsrevisionisten.

Seite 7 ■

Meldungen

Seite 14 ■

blick nach **rechts**

Herausgeber: Institut für Information
und Dokumentation e.V.

Für den Vorstand: Helmut Lölhöffler

Redaktion: Gabriele Nandlinger

Aktivitäten**„Volk steh' auf“****Deutsche Rechtsextremisten suchen Anschluss an die Antikriegsbewegung.**

Unter den mehr als fünfhunderttausend Menschen, die sich am 15. Februar in Berlin am Aktionstag gegen einen drohenden Irakkrieg beteiligten, waren auch Vertreter der extremen Rechten. Einige Republikaner hatten sich ebenso eingefunden, wie eine kleine Gruppe von NPD-Kadern, Flugblattverteiler der Politsekte Bürgerrechtsbewegung Solidarität oder die Ein-Mann-Vereinigung www.deutschkanzler.de. Die Teilnahme der Rechten war keine Überraschung. In den Tagen vor der Großdemonstration berichteten mehrere Zeitungen über die beabsichtigte Beteiligung. Dafür hatte das NPD-Präsidium mit einer Pressemitteilung vom 12. Februar gesorgt.

Unter dem Motto „Volk steh auf“ wurden „Mitglieder und Anhänger, sowie alle Deutschen“ aufgerufen, sich an der Antikriegsaktion zu beteiligen. Mit deutlich antiamerikanischem Einschlag heißt es in dem Aufruf: „Die Entscheidung über die Kriegsteilnahme des BRD-Deutschlands wird nicht im Kanzleramt sondern in Washington getroffen und ist längst gefällt“. Dagegen setzt die NPD auf nationale Töne. „Nur, wenn das Volk endlich auf die Barrikaden geht, werden Frieden und Souveränität wieder eine Chance haben“, lautet der Appell.

Ähnliche Töne finden sich in zahlreichen Publikationen des rechten Spektrums. Von der obskuren Bürgerrechtsbewegung Solidarität über Alfred Meckersheimers Deutschlandbewegung bis zur Deutschen Volksunion und dem offen neonazistischen Aktionsbüro Norddeutschland, gibt es nahezu gleich lautende Bekenntnisse gegen einen Krieg gegen den Irak. Meist wird dann Deutschland als eigentliches Opfer genannt. So heißt es in einem Aufruf des Aktionsbüros Norddeutschland: „Protest gegen die weltweite Unterdrückungspolitik der USA“ müsse „einen immer größeren Eingang in den politischen Kampf des nationalen Widerstandes“ finden. Ziel sei es dabei, „die Stimmungslage“ in Deutschland so zu verändern, dass die „Regierung den Mut findet, sich aus der verhängnisvollen NATO-Verflechtung zu lösen“. Die deutschen „Volksgenossen“ sollten ihr „Schicksal wieder frei von globalen 'westlichen' Machtinteressen

selbst bestimmen“ können. Der Aufruf gipfelt in der Parole: „Wir wollen frei sein, wie die Väter waren!“ Auf seiner Homepage listet das Aktionsbüro mehrere Flugblattaktionen in Norddeutschland auf. „Ziehen uns die Amis in den 3. Weltkrieg?“ lautete das Motto.

In den vergangenen Wochen waren auf zahlreichen Antikriegsaktionen Rechte präsent. Bei den Protesten gegen die Nato-Sicherheitskonferenz Anfang Februar in München wurden einige stadtbekannte Republikaner-Funktionäre, die Schilder mit der Parole „Fremde Truppen raus aus Deutschland“ trugen, aus der Demonstration gedrängt. Bei einer Antikriegskundgebung in Gelsenkirchen konnten rund zehn Mitglieder einer neonazistischen Kameradschaft weitgehend unbehelligt ein Transparent mit der Aufschrift „Frieden für Deutschland – keine Stimme den Kriegsparteien“ tragen. Auch in Halle und Görlitz beteiligten sich örtliche Rechte an Antikriegsaktionen oder hielten sich am Rande auf.

Der Autor Boris Kanzleiter nannte im Internetmagazin „Telepolis“ zwei Gründe für die rechten Versuche, in der Antikriegsbewegung Fuß zu fassen. Einmal gehe es wie bei ähnlichen Annäherungsversuchen an die globalisierungskritische Bewegung um eine so genannte Querfrontstrategie, die ihre Wurzel schon in den 20er Jahren hatte. Bei konkreten Themen propagieren Rechte eine Zusammenarbeit mit Linken, um so aus ihrer Isolierung zu kommen und ihre Inhalte zu verbreitern. Speziell beim Widerstand gegen einen Irakkrieg kämen Kontakte rechtsextremer Kader zum Hussein-Regime dazu.

Mittlerweile haben die Koordinatoren der Antikriegsaktionen die rechtsextremen Einflussversuche eindeutig zurückgewiesen. So einigte man sich im Vorfeld der Proteste gegen die Nato-Sicherheitstagung in München darauf, keine Nationalfahnen sowie nationalistische und antisemitische Parolen auf der Demonstration zu dulden. Die globalisierungskritische Organisation Attac, die wesentlich mit an der Mobilisierung am 15. Februar nach Berlin beteiligt war, hat sich in einer Erklärung klar von antisemitischen und nationalistischen Gruppen abgegrenzt. Auch der nordrhein-westfälische Landtagsabgeordnete Jamal Karsli wurde aus dem Trägerkreis entfernt. Der Ex-Grüne grenzt sich zwar verbal von rechtsextremen Gruppierungen ab, hat aber in der Vergangenheit durch Vergleiche der israelischen Politik mit Nazideutschland für Schlagzeilen gesorgt.

Peter Nowak

Aktivitäten**Verfehlte Nachsicht**

Chemnitz lässt Auflagenverstöße demonstrierender Neonazis durchgehen. Die NPD bleibt dem Aufmarsch fern.

Als „neue deutsche Wehrmacht“ rühmte Christian Worch am 8. Februar in Chemnitz seine gut 500 Getreuen, die ihm wieder einmal bei einer Demonstration gegen die Ausstellung „Verbrechen der Wehrmacht“ gefolgt waren. Die (Reibungs-) Verluste waren bereits im Vorfeld beträchtlich. Ein Teil der Neonazi-Szene kritisiert offen Worchs Demotourismus mit wöchentlich wechselnden Veranstaltungsorten. Wenig heldenhaft auch das Verhalten derer, die immer wieder „Ruhm und Ehre der deutschen Wehrmacht“ brüllten. Die Schneebälle der Gegendemonstranten führten zu heftigen Fluchtbewegungen mit Auflösungserscheinungen. Worch jammerte schließlich, man habe „im Hagel der Geschosse“ gestanden.

Bei Winterwetter erwartete die Neonazis um den Hamburger Worch in Chemnitz tatsächlich heftiger Gegenwind auf allen Ebenen. Wie bereits fast üblich, konnte sich der Zug erst mit erheblicher Verspätung in Bewegung setzen. Die Hauptperson sowie ein wesentlicher Teil der Akteure fehlten. Statt wie geplant um 12.00 Uhr startete der Aufzug erst gegen 15.00 Uhr. Die Zeit vertrieb sich ein Teil der Wartenden im warmen Bahnhof mit intensivem Alkoholgenuss. Dies war zwar per Auflage verboten, wurde jedoch nicht unterbunden. „Drinnen ist der BGS zuständig. Das ist nicht unsere Sache.“, so die Auskunft des örtlichen Einsatzleiters.

Diese unangebrachte Nachsicht von Vertretern der Stadt Chemnitz und der Polizei gegenüber den Neonazis zog sich wie ein roter Faden durch die Geschehnisse des Tages. Alles, was die Neonazis irgendwie hätte provozieren können, sollte tunlichst unterbleiben, war die Parole. Man hegte die Hoffnung, wenn Worch und seine Mannen wenigstens einen Teil der beantragten Wegstrecke laufen dürften, wären sie zufrieden und würden künftig der Stadt fernbleiben. Deshalb war Milde gegenüber allen Auflagenverstößen angesagt. Schuhe mit Stahlkappen wurden toleriert, offen zur Schau gestellte verbotene Kennzeichen von den Beamten ignoriert. „Sie sehen doch, dass ich gerade mit dem Funk beschäftigt bin. Ich kann mich darum nicht

kümmern.“, lautete die lapidare Antwort eines angesprochenen Zugführers. Trauriger Höhepunkt der zuvorkommenden Behandlung: Eine Gruppe von mehr als 50 Neonazis wurde nach Beginn der Demonstration völlig ohne Kontrolle in die Marschkolonnie gelassen. Die Durchführung der üblichen Maßnahmen erachte er als „unverhältnismäßig“, kommentierte der zuständige Einsatzleiter Kogel knapp. Desinteresse ob der massiven Auflagenverstöße auch bei der zuständigen Bürgermeisterin. Sie feiere gerade Geburtstag und habe keine Zeit. Der PDS-Landtagsabgeordnete Klaus Bartl wird im Auftrag des örtlichen Bündnisses juristische Schritte gegen die Polizei einleiten.

Worch hätte also eigentlich zufrieden sein können. Eigentlich. Denn erstens gab es da noch die Gegendemonstranten und zweitens die heftigen Querelen im eigenen Lager. In der Tat war es in Chemnitz an diesem Tag gelungen, mehr als 5000 Menschen gegen die revisionistischen Parolen der Neonazis zu mobilisieren. Zwar konnte ein gemeinsames Auftreten nicht erreicht werden, doch demonstrierten die größere, von einem breiten Bürgerbündnis getragene Menge und die antifaschistischen Gruppen wenigstens ein Stück des Weges gemeinsam. Wegen der größeren Leistungsfähigkeit sprach Oberbürgermeister Seifert (SPD) sogar vom Lautsprecherwagen der Autonomen. Und keineswegs nur letztere beteiligten sich an den Blockademassnahmen gegen den Neonazizug. Rund 1000 Menschen waren es wohl, die ihren Widerstand so auch aktiv zum Ausdruck brachten.

Noch bitterer dürfte es allerdings für Worch sein, dass noch nicht einmal zum bisher alle Fraktionen einigenden Thema „Wehrmachtsausstellung“ wenigstens das Spektrum der Freien Kameradschaften einigermaßen vollständig mobilisiert werden konnte. Das Gros der Demonstrierenden kam aus Sachsen. Andere Bundesländer waren eher schwach vertreten, so durch die Borussenfront Dortmund, die Kameradschaft Northeim oder die Kameradschaft Saarlautern. Die NPD glänzte völlig durch Abwesenheit. Schuld daran sind nicht nur die notorischen Querelen zwischen der NPD-Führung und Worch, sondern vermutlich auch Vorsichtsmaßnahmen im Vorfeld der Karlsruher Entscheidung über das Verbotverfahren. Bei der jüngsten Tagung der NPD-nahen Deutschen Akademie in Thüringen hatte Parteichef Udo Voigt das bisher gültige Drei-Säulen-Konzept faktisch außer Kraft gesetzt. Der „Kampf um die Straße“ findet ohne die NPD statt. Vorerst.

Volkmar Wölk

Hintergrund**Der Kronzeuge**

NPD-Anwalt Horst Mahler bekennt sich zur nationalsozialistischen Weltanschauung.

Manches kann man dem NPD-Prozessvertreter Horst Mahler vorwerfen. Eines aber sicher nicht: dass er angesichts des gegen seine Partei gerichteten Verbotsverfahrens taktische Rücksichten nimmt. Gerade hatte Gudrun Schraft-Huber, die Sprecherin des Bundesverfassungsgerichts, Anfang Januar angekündigt, dass der Zweite Senat erneut in die Beratung über das Verfahren eintreten werde, da machte der im Lauf der Jahre von linksaußen nach ganz rechtsaußen gewanderte Anwalt wieder einschlägig von sich reden.

„Rechtsextremer Anwalt Mahler hetzt im Prozess gegen USA“, titelte beispielsweise „Die Welt“ über einem Bericht, der sich mit einer Verhandlung vor dem Hamburger Amtsgericht beschäftigte. Mahler, diesmal nicht Verteidiger, sondern Angeklagter, hatte in der Hansestadt getan, was er bevorzugt tut: Er machte den Gerichtssaal zur politischen Bühne. Verantworten muss er sich in Hamburg, weil er die Terroranschläge vom 11. September 2001 als „rechts“ bezeichnet hatte. Vor Gericht legte er nach, wobei er die wahren Urheber der Attentate inzwischen gefunden zu haben glaubt: Die USA selbst, die – so zitiert ihn die „Welt“ – „blutrünstigste imperialistische Macht, die die Welt je gesehen hat“, hätten die Anschläge selbst inszeniert. Wobei, wie Mahler sein Publikum wissen ließ, auch der israelische Geheimdienst Mossad irgendwie mit von der Partie war. Fortsetzung garantiert: Die Verhandlung wurde zunächst einmal ausgesetzt.

Das „Judäo-Amerikanische Imperium“ beschäftigt Mahler auch in einer Ende Januar veröffentlichten „Erklärung des Deutschen Kollegs zum 70. Jahrestag der Deutschen Revolution“ – gemeint ist der Jahrestag von Hitlers Machtübernahme am 30. Januar. Der Berliner Anwalt zeichnet als „Verantwortlicher im Sinne des Pressegesetzes“ für das Dokument, in dem es heißt: „Die Diktatur Adolf Hitlers war der revolutionäre Wille des Deutschen Volkes und nicht das Werk einer Partei, und erst recht nicht der Erfolg einer Verschwörung gegen die Volksfreiheit.“ Als Fehler erkennt Mahler, dass es 1933 eine Machtübernahme beziehungsweise

Machtübergabe, aber eben keine Machtergreifung gegeben hat: „Die Schwäche des nationalen und sozialen Aufstandes der Deutschen von 1933 war die parlamentarische Form, in der er sich vollzog.“ Die nachträgliche Beseitigung des parlamentarischen Parteiensystems habe „von der feindlichen Propaganda als Usurpation der Staatsmacht durch die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (NSDAP) – also als Unrecht – dargestellt werden“ können. Damit erklärt er letztlich das Entstehen der Konzentrationslager: „Die innere Versöhnung des in der Systemzeit durch Klassenkämpfe zerklüfteten Deutschen Volkes blieb deshalb unvollendet. Die Folge war das Konzentrationslagersystem.“

Schuld an diesem KZ-System trägt eigentlich niemand in der kruden Argumentation Mahlers: „Die Geschichte ist der Gang Gottes durch die Welt zu sich selbst. Die Völkerschicksale sind die Darstellung des göttlichen Werdegangs. Dieser ist der moralischen Beurteilung entzogen – denn wer wollte Gott – nach welchem Maß – richten? So sind die geschichtlich handelnden Völker gerechtfertigt und ohne Schuld.“ Beim Deutschen Kolleg heißt es: „Wir bekennen uns zu unserer Schuldigkeit, den Weg, den als Erste unsere Väter und Großväter betreten haben, weiterzugehen – der Volksfreiheit entgegen.“ Der Nationalsozialismus bleibt für den Anwalt, der die NPD vor dem Diktum der Verfassungswidrigkeit bewahren soll, „ein notwendiger Schritt auf dem Wege zur Freiheit“.

■ Bekämpfung des „Judaismus“ ■

Was in der „Erklärung des Deutschen Kollegs zum 70. Jahrestag der Deutschen Revolution“ noch auf zwei Seiten Papier passte, braucht in einem wenige Tage zuvor von Mahler verbreiteten Text 249 Seiten. Eigentlich ist es die Begründung Mahlers – diesmal als Strafverteidiger – für das Revisionsbegehren des Neonazi-Barden Frank Rennie. Den hatte das Landgericht Stuttgart Mitte Oktober letzten Jahres wegen Volksverhetzung in acht Fällen zu einer Bewährungsstrafe von 17 Monaten verurteilt. Doch der Text ist weit mehr. Mahler verbreitete ihn im Kameradenkreis mit der Vorbemerkung: „Wenn Sie – wie ich – schon verrückt sind, oder bereit sind, sich verrücken zu lassen, dann ist dieser Text der wichtigste Ihres Lebens.“

Kaum gebremst lässt er seinem Antisemitismus freien Lauf: „Wenn irgend etwas auf der Welt als menschenfeindliche, rassistische, völkermörderi-

sche und totalitäre Ideologie bekämpft werden sollte, dann ist es der Judaismus.“ Der „von den jüdischen Weltorganisationen schon im März 1933 dem Deutschen Reich erklärte Krieg mit den mehr als 60 Millionen Kriegstoten“ sei, so Mahler, „einzig und allein zur Verteidigung der Weltmacht des Geldes, also der Weltherrschaft der Juden, mit dem Ziel der totalen Vernichtung des Deutschen Reiches angezettelt worden“. Die Völker müssten lernen, sich „als Antisemiten im Geiste von Jesus, Paulus, Cicero, Luther, Voltaire, Friedrich dem Großen, Napoléon, Herder, Hegel, Nietzsche, Richard Wagner, Theodor Mommsen, Karl Marx, Bismarck, Kaiser Wilhelm II., Max Weber und tausend anderen Leuchten des Abendlandes zu bekennen“. Kein Wunder, dass Mahler seinen Lesern zur Lektüre die „Protokolle der Weisen von Zion“ empfiehlt.

Deutschland, so seine Weltsicht, ist ein Land, gegen das immer noch Krieg geführt wird. Die beiden Ziele, die damit verfolgt werden: „Die Zerstörung des Identitätswillens der Deutschen mit dem Arsenal der Holocaustreligion und ihrer vielfältigen Ableger“ und „die Durchmischung der völkischen Substanz der Deutschen durch erzwungene Aufnahme von fremdkulturell geprägten ethnischen Minderheiten in zweistelliger Millionenhöhe“. Dies sei im Ergebnis Völkermord.

Was tun? Der Parlamentarismus ist seine Sache nicht. Man müsse sich, rät Mahler, „den Aufstandsgedanken vergegenwärtigen“. Den Abgeordneten, die dem „Einbürgerungsgesetz“ zustimmten, wirft Mahler Landesverrat vor: „Darauf dürfte nach Reichsrecht die Todesstrafe stehen.“ Auch von der Justiz erwartet er keine Abhilfe: „Wo die Gerichte nicht mehr der Wahrheit, sondern der Lüge dienen, ist der Volksaufstand unausweichlich.“ Für Mahler gilt: „Unverletzlich ist das Bekenntnis zur nationalsozialistischen Weltanschauung.“

Wer wie Mahler eine Neuauflage des Nationalsozialismus wolle, so hatte das frühere NPD-Vorstandsmitglied Per Lennart Aae schon vor zwei Jahren befunden, sei „ein Narr oder ein Agent“. Lennart büßte für solche Äußerungen mit dem Verlust seines Amtes. Der Begriff „Kronzeuge der Anklage“ dürfte den Sachverhalt wohl besser treffen. Seit Januar prüft der Zweite Senat des Bundesverfassungsgerichts, ob er den Verbotsantrag gegen die NPD weiter verhandeln oder das Verfahren beenden wird. Damit entscheidet sich auch, ob jemand die NPD vor Gericht vertritt, der auf der Zeugenbank besser aufgehoben wäre. *Tomas Sager*

Ausland

Führungsansprüche

Beim rechtsextremen Front National herrscht Uneinigkeit, wer die Nachfolge von Jean Marie Le Pen antreten soll.

Sitten reißen ein beim rechtsextremen Front National (FN), an die man früher nicht zu denken gewagt hätte. Der alternde Parteichef hatte sich im Interview mit der Tageszeitung „La Provence“ ein paar abfällige Bemerkungen über den Bürgermeister des südfranzösischen Orange, Jacques Bompard, erlaubt. Über ihn merkte Jean Marie Le Pen an: „Bompard hat so viel Chancen, Präsident des FN zu werden, wie ich selbst (Le Pen) Chancen habe, Erzbischof zu werden.“ Und prompt giftete Jacques Bompard in einem Schreiben, welches er an die wichtigsten Führungsmitglieder der rechtsextremen Partei verteilte und das durch die FN-nahe Tageszeitung „Présent“ (die dem katholisch-fundamentalistischen Flügel gehört) publiziert wurde, zurück: „Gestehen Sie mir zu, dass Sie eher Chancen haben, Erzbischof zu werden, als eines Tages unter den Bedingungen des Mehrheitswahlrechts gewählt zu werden.“

Das hatte gesessen. Einerseits rührte er da an eine politische Schwachstelle Jean-Marie Le Pens. Dessen Wahlstrategie des „allein gegen alle“ (Parteien), kann zwar mitunter beeindruckende Stimmergebnisse (wie beim ersten Durchgang der Präsidentschaftswahl im April 2002) hervorrufen – aber eben doch nicht den Sieg sichern. Andererseits kann Jacques Bompard seinerseits als Lokalpolitiker Wahlsiege auch unter dem Mehrheitswahlrecht vorweisen. Bei den landesweiten Kommunalwahlen im März 2001 behauptete er das Rathaus, das er bereits seit 1995 führte, mit 60 Prozent der Stimmen. Vor drei Monaten konnte er nochmals unter Beweis stellen, dass er seine Erfolgsfähigkeit beibehalten hat. Bei der Nachwahl für einen Sitz im Bezirksparlament Départements Vaucluseor holte Bompard für dieses Mandat 54,4 Prozent der Stimmen. Das war am 24. November 2002.

Im Hintergrund des Streits dürfte die seit Monaten schwelende Nachfolgefrage innerhalb des Front National stehen. Jean Marie Le Pen wird im Juni dieses Jahres 75. Noch denkt er nicht daran, das Heft aus der Hand zu geben. Le Pen hat bereits öffentlich kalkuliert: Der nächste Parteitag – vom 18.

bis 21. April in Nizza – liegt noch zu früh, als dass von seiner Abwahl die Rede sein könnte. Und der übernächste Kongress wird dann im Jahr 2006 so gelegt werden, dass er dicht an die (Präsidentenschafts- und Parlaments-)Wahlen 2007 heran kommt, so dass man beim FN die Führungsfrage zu dem Zeitpunkt nicht wird eröffnen wollen. Denn bereits im Sommer vorigen Jahres hatte Le Pen erklärt, sich auch die nächste Präsidentenschaftskandidatur noch reservieren zu wollen.

Doch hinter den Kulissen hat der Gedanke an die Nachfolge des politischen Übervaters bereits zu Verwerfungen geführt. Nachdem das Medientalent der jüngsten der drei Töchter des Chefs – der 35-jährigen Juristin Marine Le Pen – durch die Fernsehauftritte des Frühjahrs 2002 entdeckt worden war, begann ihr Vater hinter den Kulissen die „dynastische“ Form der Nachfolge einzuleiten. Doch offiziell erklärt er bis heute, „wenn (ihm) heute etwas zustößen sollte“, dann sei der amtierende FN-Generalbeauftragte Bruno Gollnisch sein wahrscheinlicher Nachfolger. Sei es, um die alte Garde im Parteiapparat bei der Stange zu halten – oder sei es, um seine Tochter vor politischer „Abnutzung“ zu verschonen.

■ Medien liegen auf der Lauer ■

Die Medienauftritte von Marine Le Pen und Einladungen zu Interviews sind allerdings kaum noch zu zählen, und alle möglichen Publikationen – bis hin zur Regenbogenzeitschrift VSD – interessieren sich nunmehr für die politischen Beziehungen zwischen der Le Pen-Tochter und Bruno Gollnisch. Auf jedes Bonmot, jedes vermeintlich böse Wort wird gelauert. Einer der Gründe dafür – neben der Sensationsbegierigkeit – liegt wohl auch darin, dass viele Journalisten glauben, sie könnten das Spiel wiederholen, das sie vor einem halben Jahrzehnt zum Schaden des Front National mit dessen Prominenz betrieben hatten. Damals hatten sie den Chefideologen Bruno Mégret zur zentralen Figur aufgebaut. Bis Le Pen sich durch dessen öffentliche Position derart provoziert fühlte, dass er Mégret im Dezember 1998 vor die Tür setzte.

Durch systematisches Personalisieren der Ereignisse innerhalb des FN und durch Bekanntmachen der Le Pen-Tochter, glauben verschiedene Medienvertreter heute wieder Spannungen in der Partei hervorrufen zu können. Daher stürzten sie sich auch begierig auf die zum Ausdruck gekommenen

Differenzen. Teilweise sind diese real, vor allem zwischen Marine Le Pen – die der Partei ein „modernes“, verjüngtes und für Frauen offeneres Image verleihen soll – und dem Parteiflügel der katholischen Fundamentalisten. Nachdem die 35-Jährige, die geschieden und wieder verheiratet ist – was die Fundamentalisten bereits stören dürfte – im Sommer erklärte hatte, für die Förderung „französischer“ Geburten statt für die Bestrafung von Abtreibung einzutreten, forderte der Chef der Rechtskatholiken, Bernard Antony, bereits lautstark eine programmatische Klarstellung.

Der katholisch-fundamentalistische Parteiflügel setzte längere Zeit auf Bruno Gollnisch, um die Juniorin zu stoppen. Doch heute scheint man nicht mehr so richtig an dessen Durchsetzungschancen zu glauben. Ihm droht gerade seine extreme Loyalität zu Le Pen – der ihn nach dem Hinauswurf Mégrets auf dessen Platz einsetzte – zum Verhängnis zu werden, kann er sich doch nicht allzu laut gegen eventuelle Nachfolgepläne des Chefs stellen.

Jacques Bompard selbst steht den Ultrakatholiken eher nahe und ist für seine Abneigung gegen Modernisierungs-Schnickschnacks bekannt. 1999 hatte er den damaligen FN-Newcomer Samuel Maréchal, er ist mit einer anderen Le Pen-Tochter verheiratet, auf Dauer zum Schweigen gebracht, als dieser eine „Lockerung“ der Parteipositionen zur Einwanderung andeutete. Nunmehr hat Bompard eine andere Variante ins Spiel gebracht: „Eine Bewegung, die durch Aktivisten angeführt wird“.

Um solche zu sammeln, hat Bompard Anfang Februar die Gründung eines neuen Clubs unter dem Namen „L'Esprit public“ (in etwa: der staatsmännische Geist) bekannt gegeben. Persönlich macht er allerdings derzeit keine Ambitionen auf die Parteispitze geltend. Ihm geht es im Augenblick eher darum, wie die Partei jetzt und künftig geführt wird. Die Stagnation im zweiten Wahlgang im Mai 2002 bewiese den Mangel des FN „an gesellschaftlicher Verwurzelung, in der Jugend, bei den Arbeitern, bei den Angestellten.“, stellt Bompard nicht zu Unrecht fest. Der FN ist nicht nur fast eine reine Wahlpartei, sondern noch dazu eine, deren öffentliches Image stark auf eine Person zugeschnitten ist. FN-Generalsekretär Carl Lang – der selbst zu den Befürwortern einer stärker „sozialen“ Strategie zählt – bezeichnete nach der eilig einberufenen FN-Führungstagung vom 6. Februar das Zerwürfnis als „bedauerliches Missverständnis und abgehakte(n) Zwischenfall“. *Bernhard Schmid*

Grauzone

Fragwürdige Thesen

Bestseller-Autor schlägt sich in das Lager der Geschichtsrevisionisten.

Der Berliner Autor Jörg Friedrich hat es mit seinem Buch „Der Brand. Deutschland im Bombenkrieg 1940 bis 1945“ schnell in die Bestsellerlisten geschafft. Friedrich beschreibt darin die Auswirkungen des alliierten Luftkrieges auf die deutsche Zivilbevölkerung. Über 100 000 Exemplare sind bereits verkauft. Viel Lob erhielt der Band auch in der extrem rechten Presselandschaft: „Das Buch, das die Debatte um den Bombenkrieg anstieß“, urteilt die Wochenzeitung „Junge Freiheit“. Als „Tabubrecher“ wird der Band in der „National-Zeitung“ bewertet.

Für weniger öffentliches Aufsehen hat der kürzlich im Verlag Mittler & Sohn erschienene Sammelband „Kriegsverbrechen in Europa und im Nahen Osten im 20. Jahrhundert“ gesorgt, für den Jörg Friedrich ebenfalls zur Feder gegriffen hat. In einem Beitrag befasst sich Friedrich mit dem „Judenmord in Babij Jar“. Die bestialische Ermordung von 33 771 jüdischen Männern, Frauen und Kindern (s. BnR 19/01) Ende September 1941 in der Ukraine nahe der Stadt Kiew durch SS-Truppen des Sonderkommandos 4a der Einsatzgruppe C, unter Mithilfe des Polizeiregiments Russland-Süd und ukrainischer Miliz, logistisch von der Wehrmacht unterstützt, gilt als eines der schrecklichsten und zugleich unbekanntesten Verbrechen des Nationalsozialismus. Bei Friedrich heißt das jetzt in offen geschichtsrevisionistischer Manier: „Es ist, nach juristischen Maßstäben, bisher nicht bewiesen, ob das Massaker von Babij Jar ein Vergeltungsexzess der Wehrmacht oder ein Akt des von ihr geduldeten, rassenideologischen Vernichtungsprogramms Hitlers gewesen ist“. „Nach historiografischen Maßstäben“, so behauptet Friedrich, „steht soviel fest: Die genannten Befehlshaber sahen die Ursache ihres Malheurs in der ständig zitierten, heimtückischen jüdisch-bolschewistischen Kampfweise. Sie hielten eine Vergeltung für angebracht.“

Herausgeber des Sammelbandes „Kriegsverbrechen in Europa und im Nahen Osten im 20. Jahrhundert“ sind der ultrarechte Militärhistoriker Franz Seidler und der Völkerrechtler Alfred de Zayas. Beide sind unter anderem als Autoren der im Visier des Ver-

fassungsschutzes stehenden Vierteljahresschrift „Criticon“ bekannt.

1998 referierte Seidler bei der rechtsextremen Burschenschaft Rugia Karlsbad. In diesen Kreisen erklärt der „umstrittene Wissenschaftler“ („Der Spiegel“) mit Vorliebe, warum die meisten Deserteure der Hitler-Wehrmacht gar nicht gebildet genug gewesen seien, um aus politischen Gründen fahnenflüchtig zu werden. Keine Berührungsängste hat Seidler dem rechtsextremen Kieler Arndt-Verlag von Dietmar Munier gegenüber. Dieser vertreibt exklusiv einen Seidler-Vortrag auf Video. Daneben ist Seidler Autor des Pour le merite-Verlages von Munier, den das niedersächsische Innenministerium als rechtsextrem einstuft.

Rund ein Drittel der Autoren des von Seidler und de Zayas herausgegebenen Sammelbandes referieren und publizieren in extrem rechten Zusammenhängen. So sind neben anderen vertreten: Alfred Schickel (Vorsitzender der revisionistischen Zeitgeschichtlichen Forschungsstelle Ingolstadt <ZFI>), Heinz Schön, (Autor des 1998 im Arndt-Verlag erschienenen Sammelbands „Wagnis Wahrheit“, einer Festschrift für den Holocaust-Leugner David Irving und beim Grabert/Hohenrain-Verlagskomplex, Referent bei der extrem rechten Jungen Landsmannschaft Ostpreußen), Franz Uhle-Wettler (Referent bei der Gesellschaft für freie Publizistik sowie bei der Danubia), der für die rechtsextreme Reihe „Deutsche Geschichte“ aus dem Haus der Verlagsgesellschaft Berg schreibt.

Beiträge für den Sammelband verfasst haben unter anderem noch: Heinz Magenheimer (Autor in „Deutsche Geschichte“ und der Irving-Festschrift), Heinz Nawratil (Referent bei der Münchner Burschenschaft Danubia, zeitweilig stellvertretender ZFI-Vorsitzender; publiziert in „wir selbst“, „Deutsche Geschichte“, „Criticon“ und bei Grabert/Hohenrain), Walter Post (Referent bei den NS-apolgetischen „Kärntner Kulturtagen“, dem Deutschen Kulturwerk europäischen Geistes, dem Schulverein zur Förderung der Russlanddeutschen in Ostpreußen und dem Arbeitskreis für deutsche Politik, Autor in der Monatszeitschrift „Aula“ und beim Pour le merite Verlag), Lothar Groppe („Der Schlesier“), Walter Held, (schreibt für die Monatszeitschrift „Der Freiwillige“), Hans-Joachim von Leezen („wir selbst“, Referent beim extrem rechten Konservativen Gesprächskreis Dresden). Den Bestseller-Autor Jörg Friedrich scheint die Umgebung nicht zu stören.

Anton Maegerle

Grauzone**„Querulanten“**

In der Schill-Partei brodeln es vor dem Parteitag in Bremen – Emnid-Umfrage: Minuswert für den Parteigründer

Der Hausseggen in der Schill-Partei hängt vor dem Bundesparteitag am 23. Februar in Bremen schief – und das nicht nur wegen der niederschmetternden Ergebnisse bei den Landtagswahlen vom 2. Februar in Niedersachsen (1,0 Prozent) und Hessen (0,5 Prozent). Nachdem die rechtspopulistische Partei – in absoluten Zahlen ausgedrückt – nur 40 320 beziehungsweise 14 494 der Zweitstimmen auf ihrem Konto verbuchen konnte, droht ihr jetzt ein Gerangel um die Parteispitze.

Der hohe Favorit auf den Bundesvorsitz, Hamburgs Bausenator Mario Mettbach, hat in letzter Minute Konkurrenz bekommen: Der nordrhein-westfälische Landesvorsitzende Dieter Mückenberger meldete ebenfalls Interesse am höchsten Parteiamt an. In der Hamburger Zentrale ist man über das forsche Vorpreschen des „Despoten“, so das abfällige Urteil eines Düsseldorfer Parteikollegen, nicht amüsiert. Mettbach präsentiert sich in Interviews trotzdem siegesgewiss und ist zuversichtlich, genügend Rückendeckung aus der Partei für seinen Klimmzug an die Parteispitze als Schill-Nachfolger zu bekommen.

Doch der ehemalige Hauptmann der Bundeswehr mit starker Hamburger Hausmacht sollte sich seiner Sache nicht zu sicher sein. In fast allen Landesverbänden der Schill-Partei brodeln es, erste Auflösungserscheinungen sind nicht zu übersehen. So trat der schleswig-holsteinische Parteichef Wolfgang Tiedt Ende Januar mit Pauken und Trompeten von seinem Amt zurück. Er nutzte den ersten Parteitag des erst vor einem halben Jahr gegründeten Landesverbandes (heute 500 Mitglieder) zu einer Generalabrechnung mit dem Parteigründer. Tiedt bezeichnete die Positionen, die Ronald B. Schill in den vergangenen Monaten vertreten hatte, in Anspielung auf seinen skandalträchtigen Auftritt im Bundestag vom vergangenen Sommer als „bundesweit nicht mehrheitsfähig“. Der gescholtene Hamburger Innensenator revanchierte sich in typischer Manier und nannte das Nordlicht Tiedt einen „Querulanten“, mit dem er nichts zu tun haben wolle.

Auch in der Hansestadt fällt immer mehr Glanz von der Schill-Partei ab. Zwar käme der Regierungspartner von CDU und FDP noch auf zwölf Prozent der Stimmen (Ergebnis der Bürgerschaftswahl 2001: 19,4 Prozent), doch der Parteigründer selbst fällt auch bei vielen Wählern immer mehr in Ungnade. Mit einem Wert von minus 1,2 Punkten ist er nach einer Emnid-Umfrage der mit Abstand unbeliebteste Senator in der Hansestadt.

Derweil kündigte Schill an, sich künftig auf seine Hamburger Amtsgeschäfte konzentrieren zu wollen. Dennoch darf der Senator sich wohl demnächst mit einem weiteren Titel schmücken: Er soll Bundesehreuvorsitzender werden. „Ich bin sehr bedrängt worden, mich in dieses Amt wählen zu lassen“, vertraute der 44-Jährige einer großen Hamburger Zeitung an. Dagegen lehnt er es kategorisch ab, erneut für den Posten des Bundesvorsitzenden zu kandidieren und tröstet seine Anhänger in gewohnter Unbescheidenheit: „Als Ehreuvorsitzender bleibe ich der Partei aber als Aushängeschild und Impulsgeber erhalten.“

Volker Stahl

Hinweise

Berlin – Der 60. Jahrestag zum Gedenken an die Opfer der „Fabrikaktion“ findet am Freitag, den 28. Februar in Berlin statt. Beginn ist um 11.00 Uhr am Denkmal in der Rosenstraße. Worte des Gedenkens sprechen Alexander Brenner, Vorsitzender der Jüdischen Gemeinde zu Berlin und Dietmar Hexel, DGB-Bundesvorstandsmitglied. Anschließend gehen die Teilnehmer gemeinsam zum Gedenkstein an der Großen Hamburger Straße. Dort wird dann Hermann Simon, Direktor der Stiftung Neue Synagoge-Centrum Judaicum, die Gedenkrede halten.

Stuttgart – Zur Erinnerung an den 1981 verstorbenen Gewerkschaftsfunktionär Willi Bleicher, der unter den Nazis im KZ Buchenwald inhaftiert war, verleiht der DGB-Bezirk Baden-Württemberg in diesem Jahr einen neu gestifteten Preis. Der „Willi-Bleicher-Preis“ soll vergeben werden für vorbildliches Engagement gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Rassismus und für ein friedliches Zusammenleben. Bewerben können sich Einzelpersonen, Gruppen, Initiativen oder Schulklassen. Bewerbungsschluss ist der 31. März 2003.

Nähere Informationen: DGB-Bezirk Baden-Württemberg, Thomas Gießler, Willi-Bleicher-Straße 20, 70174 Stuttgart. Tel. 0711/2028-206, Fax -/2028-250; E-Mail: info-bw@dgb.de; www.dgb-bw.de

Demokratische Initiativen**Kein Aktionismus****Wissenschaftler fordern „Nachhaltigkeit“
der Programme gegen Rechts.**

Zweieinhalb Jahre ist es inzwischen her, dass Bundeskanzler Gerhard Schröder persönlich den „Aufstand der Anständigen“ ausrief. Dem Ruf folgte ein ganzer Schwung von Programmen, mit deren Hilfe dem wachsenden Rechtsextremismus in der Republik Einhalt geboten werden sollte: Das „Bündnis für Demokratie und Toleranz gegen Rechtsextremismus und Gewalt“, das Aktionsprogramm „Jugend für Toleranz und Demokratie“ (mit den Programmteilen „Maßnahmen gegen Gewalt und Rechtsextremismus“, „Xenos“ und „Civitas“, „Entimon“), das Modellprogramm „Demokratie lernen und leben“ der Bund-Länder-Kommission. Das Gesamtvolumen liegt bei mehr als 200 Millionen Euro, die Zahl der geförderten Projekte bei etwa 3600. Die Laufzeit reicht von einem bis zu sechs Jahren.

Vorausgesetzt, sie werden weiterhin finanziert. Denn vor allem in den Reihen der CDU/CSU-Fraktion regt sich immer lauterer Protest. Im Rahmen der laufenden Haushaltsberatungen plädiert die Union dafür, mindestens einige der Programme abzuschaffen. Anstatt nur „gegen rechts“ vorzugehen, wird ein „antitotalitärer Konsens“ gefordert: Regierungsprogramme sollten auch „gegen links“ vorgehen. Auch könne das Geld sinnvoller im Kampf gegen Islamismus eingesetzt werden. Aus der CDU heißt es, die Programme sollten als Teil eines jugendpolitischen Gesamtkonzepts überprüft und im Anschluss über sie entschieden werden.

Zusätzliche Brisanz erhält die Kritik der Union nun dadurch, dass die, die sie äußern, sich ausgerechnet auf eine Studie berufen, die im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung erarbeitet wurde. Unter dem Titel „Bürgernetzwerke gegen Rechts“ hat der Magdeburger Politikwissenschaftler Roland Roth die Aktionsprogramme der Bundesregierung evaluiert. Außerdem ist Roth gemeinsam mit Heinz Lynen von Berg, Mitbegründer des sachsen-anhaltinischen und soeben eingestellten Vereins „Miteinander“ e.V. Herausgeber des Buchs „Maßnahmen und Programme gegen Rechtsextremismus wissenschaftlich begleitet“. Das Buch ist im wesentlichen das Ergebnis einer Tagung der Fachhochschule Magdeburg-Stendal im Frühjahr 2002.

In der Tat warten die Sozialwissenschaftler mit herber Kritik an den Maßnahme-Paketen auf. Zwar sei „eine Fülle von zivilgesellschaftlichen Initiativen mit erheblichem Mittelaufwand entstanden“. Viele der Maßnahmen könnten sich aber „als kurzes Strohfeuer“ erweisen. Es gäbe „zahlreiche Anhaltspunkte, dass die Programme der Bundesregierung eher in den Bereich der ‘Symbolpolitik’ gehören, zumindest so zu enden drohen“, heißt es unter anderem. Vor allem aber zeigen sich die Autoren erstaunt darüber, dass sie nahezu die ersten sind, die sich der Frage nach der Effizienz der Maßnahmen sozialwissenschaftlich annähern. Trotz der enormen Summen, die in die Pakete gesteckt werden, konstatieren sie, fehle nicht nur eine wissenschaftliche Begleitung – sondern auch ein systematischer Überblick über die staatlich geförderten Projekte. Es dränge sich der Eindruck auf, dass „die Politik gar keine Qualitätskontrolle will“, sondern mit der „Inszenierung des Kampfes gegen Rechtsextremismus“ zufrieden sei.

Um so lobenswerter ist der Versuch Roths und seiner Kollegen, mit der dringend notwendigen Evaluationsarbeit begonnen zu haben. Nun wehrt sich der Politikwissenschaftler gegen die Instrumentalisierung seitens der CDU und beteuert, mit seiner kritischen Analyse gerade nicht das Ende der Projekte gefordert zu haben. Und tatsächlich wurde schon bei der Vorstellung der FES-Studie sehr deutlich, dass es darum nicht geht. Statt Abschaffung fordern die Verfasser „Nachhaltigkeit“: Die Bekämpfung von Rechtsextremismus brauche „Verlässlichkeit und personelle Kontinuität“ statt Aktionismus und Jubelveranstaltungen. Explizit warnte Roth auch vor dem Auslaufen der Programme: Dann sei nicht auszuschließen, dass „die alten Mechanismen der Verdrängung und Verleugnung wieder greifen“.

Finanziell zurechtgestutzt werden die Projekte übrigens auch unter Rot-Grün: Die Unterstützung für Civitas sinkt 2004 von zehn auf acht, 2005 auf fünf Millionen. „Entimon“ wird ab 2005 zurückgefahren.

Jeannette Goddar

Roland Roth, „Bürgernetzwerke gegen Rechts“. Herausgeber und Redaktion: Albrecht Koschützke, Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn 2003, 83 Seiten; ISBN 3-89892-137-9.

Heinz Lynen von Berg/Roland Roth, Maßnahmen und Programme gegen Rechtsextremismus wissenschaftlich begleitet. Aufgaben, Konzepte und Erfahrungen, Opladen 2003 (leske und budrich), 270 Seiten, EUR 24,90; ISBN 3-8100-3537-8.

Ausland**Vom Leben erzählen****Ein jüdisches Museum für Warschau**

Vor dem deutschen Überfall am 1. September 1939 lebten in Polen etwa 3,5 Millionen Juden. Das waren zehn Prozent der gesamten Bevölkerung. Polen war damit das Land mit dem höchsten Anteil jüdischer Männer, Frauen und Kinder. Nach der Befreiung im Herbst 1944 waren es nur noch etwa 380 000, von denen die meisten gen Westen flohen, nachdem es zu weiteren Pogromen gekommen war. Insgesamt kann man sagen, dass den Nazis die „Endlösung“ in Polen gelungen ist. Nach dem Ende der kommunistischen Herrschaft 1989 wurde es dann vor allem unter jungen akademisch gebildeten Polen modern, in der eigenen Familie nach jüdischen Wurzeln zu suchen. Wie viele Juden heute im demokratischen Polen leben, kann nur geschätzt werden. Juden lassen sich nach dem Holocaust nicht mehr zählen.

Dennoch – oder gerade deshalb – wollen sie seit Jahren ein jüdisches Museum, freilich nicht, um den Holocaust und dessen Folgen zu dokumentieren. Jerzy Halbersztadt, der künftige Direktor, beklagt, Polen werde im Ausland vor allem als riesiger jüdischer Friedhof wahrgenommen. Seine Vertreterin Ewa Junczyk-Ziomecka formuliert noch drastischer: „Man fällt ein in die verfluchte Erde und zieht wieder ab.“ Dass dem so ist, findet jeder bestätigt, der hin und wieder die Gedenkstätten in Auschwitz, Majdanek oder Treblinka besucht. Junge Leute, etwa Israelis, steigen aus ihren Bussen, gedenken ihrer ermordeten Verwandten und fliegen bald danach zurück in die Heimat. Damit erfahren sie nichts von der Jahrhunderte alten jüdischen Geschichte des Landes, aus dem viele ihrer führenden Politiker stammen. Golda Meir, David Ben Gurion, Shimon Peres, Jitzhak Shamir sind polnischer Herkunft.

All das und noch vieles mehr soll in dem Museum gezeigt werden, mit dessen Bau im Sommer 2004 begonnen werden dürfte. Es wird mitten im ehemaligen Warschauer Judenviertel stehen, das die Nazis nach dem Ghettoaufstand im Sommer 1943 gesprengt haben.

Jüdische Geschichte lässt sich in Polen lückenlos auf jeden Fall vom 13. Jahrhundert an zurück ver-

folgen. Ihr berühmter König Kasimir half Juden auf der Flucht vor Pogromen in Westeuropa und garantierte ihnen königlichen Schutz. Danach konnten Juden in Polen jahrhundertlang sicher leben. Erst mit der Herrschaft der Zaren begann die Zeit der Verfolgung, die nicht mit dem Ende der Nazi-barbarei endete. Erinnert sei unter anderem an den Pogrom von Kielce im Jahr 1946.

Die neue Zeit soll auch das Museum in der City dokumentieren, dessen Kosten auf rund 60 Millionen US-Dollar geschätzt werden. Das Grundstück hat die Stadt geschenkt, für die laufenden Kosten will der Staat aufkommen. In zahlreichen Ländern sind Fördervereine gegründet worden, die Geld für das Museum sammeln. Vermutlich wird sich auch die Stiftung für Deutsch-Polnische Zusammenarbeit finanziell engagieren. Große Hoffnungen setzt man in Polen auf Spenden aus den USA, wo sich viele polnische Juden nach der Befreiung von den Nazis und nach den späteren Pogromen in Sicherheit gebracht haben. Vorsitzender des Ehrenkomitees ist Shimon Peres, Schirmherr Staatspräsident Aleksander Kwasniewski, als Architekt konnte Frank Gehry gewonnen werden, der das Guggenheim-Museum in Bilbao gebaut hat. Er will seine Pläne noch in diesem Jahr der Öffentlichkeit vorstellen.

Auch über die Exponate wird längst gesprochen. Es soll das „erste multimediale narrative Museum Mitteleuropas“ entstehen. Dazu gehören unter anderem der Nachbau der Straße „Ulica Nalewki“ aus dem ehemaligen Judenviertel, Wohnungen, aus denen Küchengerüche strömen und Stimmen in Jiddisch zu hören sind.

Die fünf Mitarbeiter sind zwar voller Optimismus und rechnen mit jährlich 250 000 Besuchern. Sie erwarten aber auch Widersprüche. Von der jüdischen Gemeinde in Fürth in Bayern sei bereits der Vorwurf gekommen, der Holocaust werde nicht angemessen dokumentiert. Dazu sagte Jerzy Halbersztadt der „Süddeutschen Zeitung“: „Wir können die Abscheulichkeit der Vernichtung nur verstehen, wenn wir zeigen, was da vernichtet wurde.“ Von nationalistischer Seite wird mit Vorwürfen gerechnet, weil der polnische Antisemitismus der 20er und 30er-Jahre zu sehen sein wird. Den verschweigen oder übergehen polnische Nationalisten gern, obwohl er selbstverständlich in ein „Museum der Geschichte der Juden in Polen“ gehört ebenso wie alte Dokumente, Bilder, Fotos und Kultgeräte, die in mehr als 100 Themen gegliedert sind und aus vielen Staaten stammen.

Heiner Lichtenstein

Bücherschau**Fundus an Klischees**

Was wissen wir schon über Antisemitismus? Dass die Nationalsozialisten ihn zur Staatsdoktrin erhoben und ihre judenfeindliche „Politik“ im Holocaust mündete – das ist sicher noch allgemeines Wissensgut. Aber die Vorgeschichte? Die Wurzeln des Antisemitismus? Ein Feld für Historiker und andere Experten, so scheint es fast.

Um so lobenswerter muss hervorgehoben werden, wenn ein allgemein verständliches, im Umfang knappes, doch gleichzeitig fundiertes Werk erscheint, das den „Antisemitismus in der deutschen Geschichte“ zum Thema macht. Der Kölner Politologe Armin Pfahl-Traugher hat das Kunststück fertig gebracht, auf nicht einmal 170 Seiten einen Abriss des Themas zu geben. Der von der Landeszentrale für politische Bildungsarbeit in Berlin herausgegebene Band enthält alles, was für einen Einstieg in das Themenfeld nötig ist: Begriffsdefinition, chronologische Schilderungen von Antisemitismus, exemplarische Schicksale und ausgewählte Darstellungen von Protagonisten des Antisemitismus’.

Pfahl-Traugher arbeitet heraus, dass eine frühe Form des Antisemitismus im Christentum wurzelt. Hier versuchten die Vertreter einer neuen Religion mit diskriminierenden Aussagen und Alleinvertretungsanspruch die ältere Religion, eben das Judentum, schlecht zu machen. So entstand um das Jahr 130 n.Ch. der „Barnabasbrief“, in dem, so schreibt der Autor, „die Schriften des Alten Testaments als ausschließlich den Christen gehörend beschrieben (werden) und diese als die wahren Erben der Offenbarung Gottes zur Zeit des alten Israels gelten“. Mit der allmählichen Vorherrschaft der christlichen Religion im Bereich des heutigen Deutschlands verlor der rein religiös motivierte Antisemitismus an Bedeutung. Nunmehr diente die Diskriminierung von Juden und das Zurückdrängen „der gesellschaftlichen Bedeutung der jüdischen Gemeinden“ zunehmend einem neuen Zweck: Hier ließ sich mit einfachen Mitteln ein identitätsstiftendes Feindbild konstruieren.

Sieben unterschiedliche Formen des Antisemitismus nennt Pfahl-Traugher: Neben dem religiösen, den sozialen, den politischen, den kulturellen, den rassistischen, den „neuen“ und den „antizionistischen“

Antisemitismus. Die Wendung weg von religiös gespeisten Klischees vollzog sich allmählich, wobei bis in die jüngste Vergangenheit auf den Vorurteilsfundus aus frühester Geschichte zurückgegriffen wurde und wird. „In der Neuzeit bildeten die sozialen Motive den eigentlichen ideologischen Kern bei der Ablehnung der Juden, die aber weiterhin mit den im Mittelalter entstandenen Zerrbildern der Minderheit einherging“, schreibt der Autor. Bis in die Gegenwart wird jüdischen Bürgern „vorgeworfen“, Erfolg bei Geld- oder Handelsgeschäften zu haben – eine Klischeevorstellung, die ihren historischen Kern in der mittelalterlichen Vorgabe hat, dass Juden kein anderes Gewerbe als das des Händlers oder Wucherers ergreifen durften.

Es gab – kurze – Phasen der „Entspannung“ im Verhältnis der Mehrheitsgesellschaft gegenüber den jüdischen Bürgern. So setzte ab Ende des 18. Jahrhunderts im Zuge von zunehmender Säkularisierung, Aufklärung und wirtschaftlicher Entwicklung eine Phase ein, in der Antisemitismus in Deutschland keine vorrangige Rolle spielte. Doch reichte der Fundus an Vorurteilen stets, um in Krisenzeiten auf Ressentiments zurückzugreifen, wie Mitte des 19. Jahrhunderts etwa bei gegen Juden gerichteten Aufständen im Rheinland deutlich wurde.

Die nie wirklich überwundenen Vorurteile gegenüber jüdischen Menschen mündeten schließlich im verstärkt wiederauflebenden Antisemitismus während des Kaiserreiches und nach dem Ersten Weltkrieg, für dessen Ausgang konservative und nationalistische Kräfte sowohl Sozialisten wie „Juden“ verantwortlich zu machen suchten („Dolchstoßlegende“). Und nicht zuletzt griffen die Nationalsozialisten auf den gewaltig großen Vorrat an Vorurteilen zurück, um ihren Rassenwahn mit perfiden Mitteln zu „begründen“. „Eine neue Variante des Antisemitismus entstand mit dem Rassismus, der sich im Unterschied zu den genannten Formen als dezidiert wissenschaftlich gab und eine biologisch begründete Abwertung von Juden vornahm.“

Auch in der Jetztzeit, das belegen in den Band aufgenommene Umfragen, das zeigt aber auch die unsägliche Möllemann-Debatte des vergangenen Jahres, ist Antisemitismus keineswegs nur ein Thema für den Geschichtsunterricht. Doch sollte er dort verstärkt behandelt werden.

Gudrun Giese

Armin Pfahl-Traugher, Antisemitismus in der deutschen Geschichte, Berlin 2002. Bezug über Landeszentrale für Politische Bildung, An der Urania 4-10, 10787 Berlin, Tel. 030/90162552, Fax. -/90162538.

Demokratische Initiativen**Kein Quotenbringer?**

Das Fernsehen will einen Film über den Gefängnispfarrer und Menschenretter Harald Poelchau nicht senden.

Der Name Harald Poelchau ist in Berlin nicht unbekannt. Eine Straße und eine Schule, sogar eine S-Bahn-Station in Marzahn tragen ihn seit über einem Jahrzehnt. Schwieriger wird es, fragt man den „Mann auf der Poelchaustraße“, wer das denn ist.

Dabei hat es kaum einer so wie Poelchau verdient, geehrt zu werden und berühmt zu sein – was er nie im Leben wollte. Poelchau war nur für die anderen da. Er war von 1933 bis 1945 evangelischer Gefängnispfarrer in Tegel und später auch in Plötzensee. Von den 12 000 Menschen, die in Hitlerdeutschland zum Tode verurteilt und hingerichtet wurden, hat er 1000 auf ihrem letzten Weg begleitet: Männer und Frauen des Widerstandes, Angehörige der „Roten Kapelle“, Tschechen, Niederländer, die Männer des 20. Juli, des Kreisauer Kreises, dem er selbst angehörte. Meist blieb es nicht bei Trost bringenden Gesprächen. Die Todgeweihten wussten, dass sie sich auf Poelchau verlassen konnten. Sie baten ihn, für sie Briefe und Nachrichten von Zelle zu Zelle, aber auch zu den Angehörigen zu schmuggeln. Wo immer es möglich war, tat er es.

Harald Poelchau half selbst da, wohin gewöhnlich die Pflichten und Möglichkeiten eines Gefängnispfarrers nicht reichten, im „normalen“ Alltag von Verfolgten. Es ist fast unvorstellbar, was er da unter ständigem Einsatz seines Lebens „organisierte“: Verstecke und Lebensmittelkartenabschnitte für Untergetauchte, Essen, Geld, einen amtlichen Stempel aus einer von Bomben zerstörten Polizeiwache für „echte“ falsche Papiere, eine neue Identität und damit künstlerische Betätigungsmöglichkeit für den jüdischen Musiker Konrad Latte, um nur wenige Beispiele zu nennen. An ein Wunder grenzt, dass Harald Poelchau nie aufgefliegen oder verraten worden ist.

Er überlebte das Kriegsende, starb aber, nicht einmal 70-jährig, schon 1972. Pläne für einen humaneren Strafvollzug, die der religiöse Sozialist in Ostberlin vorlegte, stießen dort – aus heutiger Sicht kaum überraschend – auf Ablehnung. Aber auch im

Westen fand er nicht die angemessene Beachtung. „Er hätte Minister werden müssen“, brachte es Konrad Latte, bis zum Schluss in engem Kontakt mit ihm, auf den Punkt, „aber sie wussten nicht, was sie an ihm hatten.“ Im Yad Vashem in Jerusalem konnte Poelchaus Witwe kurz nach seinem Tode einen Baum für ihn als Retter jüdischen Lebens in der Straße der Gerechten pflanzen.

In Deutschland geschah recht wenig zur Würdigung eines Mannes, der in einem Atemzug mit Martin Niemöller und Dietrich Bonhoeffer genannt zu werden verdient hätte und mit seiner Zivilcourage, seiner Selbstlosigkeit und seinem tätigen Antifaschismus als Vorbild für kommende Generationen dienen könnte, wenn sie nur etwas über ihn wüssten. Umso mehr muss man der Filmemacherin Irmgard von zur Mühlen danken, die anhand der Aufzeichnungen Poelchaus aus seiner Zeit als Gefängnispfarrer und der wenigen verfügbaren Filmdokumente einen eindrucksvollen Dokumentarfilm „Jeder Tod war mir ein tiefer Schmerz – Harald Poelchau, Gefängnispfarrer 1933 – 1945“ drehte. Er wurde kürzlich im Jüdischen Kulturverein Berlin gezeigt und mit anhaltendem Beifall aufgenommen. Man sollte meinen, zumindest das öffentlich-rechtliche Fernsehen würde nach einem solchen Werk mit beiden Händen greifen. Weit gefehlt. Im Sender Freies Berlin sparte die zuständige Redaktion zwar nicht mit anerkennenden Worten, aber am Ende überwog das Bedenken, Poelchau sei ja den meisten Leuten kein Begriff und bringe deshalb keine Quoten.

Wahr ist: mit dem mediengezeugten Bekanntheitsgrad der Hitler-Vertrauten Leni Riefenstahl und Albert Speer kann der Seelsorger der Mordopfer Hitlers und Freislers nicht mithalten. Es stellt sich aber die Frage, ob man sich damit abfinden darf und wer die moralische und politische Pflicht hat, es zu ändern. Zeit und Gelegenheit bietet sich in diesem Jahr. Vor 70 Jahren wurde Harald Poelchau Gefängnispfarrer, und am 5. Oktober 2003 wäre der gebürtige Potsdamer 100 Jahre alt geworden. Vielleicht könnte zu den ersten gemeinsamen Vorhaben des Senders Berlin-Brandenburg gehören, diesem Mann und dem Film über ihn den Sendeplatz zu geben, der ihm gebührt.

Ralf Bachmann

Jeder Tod war mir ein tiefer Schmerz. Harald Poelchau, Gefängnispfarrer 1933 - 1945. Ein Film von Irmgard von zur Mühlen. 60 Min. Farbe/s-w. Chronos-Media. Alt-Nowawes 116-118, 14482 Potsdam. Tel.: 0331 / 70493-0, Fax: 0331 / 70493-15.

Demokratische Initiativen**Rechte Burschen**

Das Verbindungswesen hat an der Hamburger Universität Tradition – die Aufklärung über rechte Umtriebe einiger Männergesellschaften mit Karrieregarantie ebenso. Alle Jahre wieder legt der AStA der Uni Hamburg einen aktualisierten Reader über die akademischen Rechtsausleger auf.

Die im rechtslastigen Dachverband Deutsche Burschenschaft (DB) organisierte mittlerweile berühmte Hamburger Burschenschaft Germania steht für rechtsextremistisches Denken, schreiben die Autoren. Diese Einschätzung vertritt auch der Hamburger Verfassungsschutz. In einem internen Gutachten aus dem Jahr 1993 über die Burschenschaft Germania heißt es: „Aus ihrer Ablehnung der Demokratie und ihrer Befürwortung des Führerprinzips machen viele Germanen keinen Hehl.“ In den vergangenen Jahren referierten zum Beweis viele bekannte Rechtsextremisten im Haus der Germanen an der Sierichstraße, aus dessen Mauern nach Berichten aus der Nachbarschaft von Zeit zu Zeit „Sieg-Heil“-Rufe schallen.

In der Broschüre werden Begriffe wie „Burschenschaft“ und „Verbindung“ sauber auseinandergehalten und erklärt: „Verbindung oder Korporation bezeichnet als Oberbegriff eine Gemeinschaft auf Lebenszeit von Studierenden und Akademikern“, heißt es im ersten Kapitel der 48 Seiten starken Publikation. Die deutschtümelnden Burschenschaften, von denen fast alle zur DB gehören, berufen sich im Wesentlichen auf die 1815 in Jena gegründete Urburschenschaft. Sie zeichnen sich vor allem dadurch aus, Ausländern die Aufnahme in ihren Reihen zu verweigern.

Das lesenswerte Heft bietet in fünf Kapiteln (Geschichte, Strukturen und Rituale, Welt- und Menschenbild, Hamburger Verbindungen und Vormarsch der intellektuellen Rechten) einen guten Überblick. Dokumentierte Zeitungsartikel zum Thema sowie eine Literaturliste komplettieren die nicht nur Erstsemestern zu empfehlenden Untersuchung.

Volker Stahl

Öfter nach dem Rechten schauen! Der AStA-Reader zum Hamburger Verbindungswesen. Bestelladresse: Universität Hamburg, Allgemeiner Studentenausschuss, Von-Melle-Park 5, 20146 Hamburg, Tel. 040 / 45 02 04 - 0.

Zeitschriftenschau**Periodika der extremen Rechten**

„Junge Freiheit“ (JF), 18. Jg., Nr. 5 – 8/2003: Dem „Bombenterror“ ist eine Sonderbeilage der JF gewidmet. Abgedruckt sind 74 Zeitzeugenberichte, die laut JF von der Leserschaft eingesandt wurden, ergänzt durch eine umfangreiche Chronik der „anglo-amerikanischen Angriffe auf Deutschland“. Ein „bedenkliches Moral- und Rechtsverständnis“ konstatiert Klaus Motschmann angesichts der „bewussten Verdrängung“ um die „deutschen Opfer des alliierten Bombenterrors“. Doris Neujahr plädiert dafür, den „Historikerstreit“ neu aufzunehmen. Die Geschichtswissenschaft habe sich auf die „Auslegung und Verteidigung unhinterfragbarer Glaubenssätze“ reduziert, „Gesinnungsschnüffelei“ sei „an die Stelle gesellschaftlicher Diskurse“ getreten, beklagt sie. Den Gefallenen und Vermissten von Stalingrad in der Hauptstadt ein würdiges Denkmal zu errichten, „stellvertretend für die 4,5 Millionen gefallenen deutschen Soldaten“, schlägt Dieter Stein vor. Horst Zank, Vorsitzender des „Bundes ehemaliger Stalingradkämpfer“ bedauert, dass die meisten Soldaten sich heute nicht mehr „gegen die Vorwürfe und Anfeindungen der Reemtsmas verteidigen“ könnten. Thorsten Thaler mokiert sich über die geplante Einebnung des „Spöttinger Friedhofs“ im bayerischen Landsberg, auf dem auch von den Alliierten zum Tode verurteilte Kriegsverbrecher bestattet sind. Dieses „dunkle Kapitel der amerikanischen Siegerjustiz“ lässt er den rechtsextremen Verleger Gert Sudholt beschreiben, der sich während seiner zehnwöchigen Haft dort „auf historische Spurenversuche“ begeben habe. Hans-Helmuth Knütter ruft dazu auf, auch in diesem Jahr den „Kampf gegen Rechts“ als volksverhetzende Geschäftemacherei zu enttarnen. Hinter der „moralisierenden Phrase“ lauere die „rotgrüne Bevormundung“, warnt Knütter. Alain de Benoist sieht eine Parallele zwischen US-Präsident Georg W. Bush und Osama Bin Laden, die beide „in derselben schwarz-weißen Welt des absolut Guten und Bösen“ lebten. Die USA seien „derzeit der übelste ‘Schurkenstaat’ der Welt“ und damit der „Hauptfeind“, urteilt der neurechte Vordenker. Saddam Hussein würde vorgeworfen, „bestimmte UN-Resolutionen verletzt zu haben, während Israel – einziges Land der Region, das Massenvernichtungswaffen besitzt, die kein Inspektor jemals kontrolliert hat – sämtliche es betreffenden Resolutionen unbestraft verletzen“ könnte, so de Benoist. (gn)

Meldungen**Inland**

■ **Berlin** – Die Anzahl der rechtsextremistisch motivierten Straftaten ist im vergangenen Jahr auf mindestens 10 579 (2001: 10 054) Delikte angestiegen. Dies ist einer Statistik des SPD-Abgeordneten Sebastian Edathy zu entnehmen, der diese vorläufigen Angaben des Bundesinnenministeriums am 12. Februar im Bundestag vorgetragen hat. Zugenommen haben demnach ebenfalls die rechtsextremistisch motivierten Gewaltdelikte, die sich auf 725 Vorfälle (2001: 709) gesteigert haben. Die Gesamtzahl der Straf- und Gewalttaten mit rechtsextremistischer Motivation im Jahr 2002 wird sich möglicherweise erhöhen, da noch Nachmeldungen aus einzelnen Bundesländern erfolgen können.

■ **Berlin/Karlsruhe** – Das Kammergericht Berlin hat die Anklage gegen Mitglieder der Neonazi-Band „Landser“ wegen des Vorwurfs der Bildung einer kriminellen Vereinigung zurückgewiesen, wie der in Berlin erscheinende „Tagesspiegel“ berichtete. Für einen Prozess gegen die Berliner Band bleiben demnach nur Delikte wie Volksverhetzung, Aufstachelung zum Rassenhass, Verwendung von Kennzeichen verfassungsfeindlicher Organisationen übrig. Generalbundesanwalt Kay Nehm will gegen den Beschluss des Kammergerichts Beschwerde einlegen.

■ **Bremen** – Der rechtsextreme Verlag und Vertriebsdienst Roland Faksimile – Roland Versand KG (Bremen; zuvor: Faksimile-Verlag) mit dem Buchdienst Roland-Antiquariat feierte im Januar sein 25-jähriges Bestehen. Verlagsleiter ist Wieland Körner (Jg. 1958), der gegenwärtig an einem Text mit dem Titel „Die Zeit ist reif!“ arbeitet. Darin versucht er, den „Nachweis“ zu führen, dass die „offene Gesellschaft“ in der Bundesrepublik in Selbstauflösung begriffen sei. Die Zukunft Deutschlands und Europas, so Körner, liege in einer „Rückkehr zum Ordnungsprinzip der Volksgemeinschaften und in der Wiedereinführung des Gemeinschaftsprinzips der Nation.“ Neu aufgelegt wurden im Faksimile-Verlag einschlägige Machwerke wie das „Handbuch der Judenfrage“ von Theodor Fritsch, das während der NS-Diktatur als eine Art Lehr- und Schulbuch betrachtet wurde.

■ **Bruchsal** – Der „Aufbau eigener bundesweiter Strukturen“ gehe erfolgreich voran, betonte Marcel

Krense, Bundesvorsitzender der Deutschen Jugend (DJ), der Jugendorganisation der Deutschen Partei, bei einem informellen DJ-Treffen in der nordbadi-schen Stadt Bruchsal. Stellvertreter Dennis Makar-ewitsch berichtete über „Fortschritte“ bei der Eintragung in das Vereinsregister. Schatzmeister Oliver Lotze informierte über die finanzielle Unterstützung seitens der Bundespartei und „großzügiger Gönner“. Die DJ wurde im vergangenen Herbst in Fulda ins Leben gerufen. Eigenangaben zufolge wurde bei der Gründung eine „enge Zusammenarbeit“ mit der Freiheitlichen Jugend, der FPÖ-Jugendorganisation, vereinbart.

■ **Friedrichroda** – In der braunen Szene kursiert ein „Aufruf an alle nationalen Kameradinnen und Kameraden, die den Reichsgedanken im Herzen tragen“. Autor ist der Neonazi Michael Burkert aus Friedrichroda. Burkert ruft die „nationale Szene“, der er „hunderte Kameradschaften, einige Rechtsparteien, Sympathisanten und zahllose freie Nationalisten“ zurechnet, zur Einheit auf: „Das Reich ist einfach zu wertvoll, um wegen Nichtigkeiten aufs Spiel gesetzt zu werden. Unsere Vorväter und ihr unermüdlicher Einsatz für Deutschland sollte uns immer Beispiel sein.“ Burkert weiter: „Das Reich ist unser Ziel und der Kampf gegen Volksfeinde und Artzersetzter muss unermüdlich geführt werden.“ Burkert referierte zuletzt auf einer Neonazi-Saalveranstaltung in Eisenach zum 70. Jahrestag des 30. Januar 1933.

■ **Hamburg** – Am 22. Februar wollen Neonazis in Hamburg-Bramfeld gegen einen möglichen Irak-Krieg demonstrieren. Anmelder der Demonstration ist Lutz Giesen (ehemals „Kameradschaft Germania“). Einer Erklärung von Christian Worch vom 3. Februar zufolge ist der vor einem halben Jahr unter „Hinterlassung einiger Schulden“ von Berlin nach Hamburg umgezogene Neonazi Giesen auch in Hamburg mit mehreren Monatsmieten bei der Wohnungsgesellschaft im Rückstand. Besonders erzürnt ist Worch darüber, dass Giesen sich von einem hiesigen Kameraden eine Bürgschaft habe geben lassen, der im Nachhinein von den Mietrückständen erfahren habe. Worch: „Das nenne ich eine menschliche Unanständigkeit und zugleich ein grob unkameradschaftliches Verhalten. Ein Mann, der auf so unkameradschaftliche Weise handelt (und nicht mal einfachste persönliche Lebensumstände in den Griff bekommt), ist nun wirklich nicht geeignet, eine politisch wichtige Demonstration anzumelden oder geschweige denn zu leiten!“ Hinzu komme, so Worch, dass Giesen auf der „Schwarz-

en Liste“ der Hilfsorganisation für nationale und politische Gefangene stehe, obwohl ihm diese „früher geholfen hat“.

■ **Hamburg** – Reinhold Oberlercher, vormalis SDS-Ideologe und heute Vordenker des rechtsextremen Deutschen Kollegs, hat ein „Kultusgesetz“ für das „Vierte Reich“ entworfen. Darin steht unter anderem: „Der Judaismus als monotheistischer Kult ist verboten. Die Stätten der judaistischen Kulte sind zu entweihen, ihre Anhänger sind des Reiches zu verweisen.“ „Der öffentliche Kultus“, so Oberlercher, „feiert die Einheit von Volk, Kirche und Staat im Reich im Angesicht des dreieinigen Gottes.“ In einem Kommentar aus dem Diskussionsforum des Mitteldeutschen Gesprächskreises heißt es zu Oberlerchers antisemitischem Traktat: „Der Mann gehört in eine Irrenanstalt!“

■ **Kiel** – Die diesjährige Frühjahrstagung des Arbeitskreises für deutsche Politik (AfdP) findet am 29./30. März an einem geheim gehaltenen Ort statt. Referenten der Tagung, für die in der Zeitschrift „Nation&Europa“ und dem Blättchen „Frieden 2000“ geworben wird, sind neben anderen Ursula Haverbeck (Autorin des Grabert-Verlages) und die Rechtsanwältin Gisa Pahl. Anmeldungen nimmt der AfdP-Vorsitzende Wolfgang Dahmann (Postfachadresse in Kiel), vormalis DVU-Funktionär, entgegen. Erkenntnissen des Verfassungsschutzes zufolge beschränken sich die Aktivitäten des im Mai 1991 gegründeten AfdP „weitgehend auf die vereinzelte Durchführung so genannter Wochenendseminare mit Vorträgen, an denen Personen unterschiedlicher rechtsextremistischer Strömungen teilnehmen.“

■ **Lübeck** – Mitglieder des neonazistischen Bündnis Rechts aus Lübeck und Mecklenburg-Vorpommern haben am 30. Januar auf dem Ehrenfriedhof in Lübeck einen Kranz zum Gedenken an das vor 58 Jahren in der Ostsee nordwestlich von Danzig versenkte Schiff „Wilhelm Gustloff“ niedergelegt. Redner auf der Veranstaltung, die nunmehr jährlich als „Gedenkveranstaltung für die bei der Flucht in der Ostsee Umgekommenen“ stattfinden soll, war der Bündnis Rechts-Funktionär Reinhart Eggert, ehemaliger Bürgermeisterkandidat für die DVU in Lüdersdorf bei Lübeck.

■ **Nürnberg** – Tief zerstritten präsentiert sich die NPD- und kameradschaftsnahe Szene in Franken. Nachdem Gerd Ittner, früher unter anderem NPD-Bezirksvorstandsmitglied in Mittelfranken, vom Landesvorsitzenden Ralf Ollert seiner Ämter ent-

hoben und vom Parteipräsidium aus der NPD ausgeschlossen worden war, reitet er immer härtere Attacken gegen Ollert, der für die Bürgerinitiative Ausländerstopp (BIA) dem Nürnberger Stadtrat angehört. Ittner wirft Ollert „jämmerliches, systemangepasstes Spießbürgertum“ vor. Auch wegen seiner „vermuteten sexuellen Vorlieben“ – Ittner schreibt von einer „mutmaßlichen Homosexualität“ – könne er „kaum mehr als politisch zuverlässig betrachtet werden“. Ollert klagt, sein Kontrahent habe „durch seine völlig überzogenen Äußerungen“ den Staatsorganen die Möglichkeit gegeben, strafrechtlich gegen die BIA vorzugehen. Außerdem habe er „Nahrung“ für ein NPD-Verbot geliefert. Wie das Störtebeker-Netz berichtet, häufen sich derweil die Parteiaustritte im Fränkischen. Auch die Vorsitzende der Nürnberger NPD, Irmgard Thomas, habe die Partei verlassen.

■ **Schmallenberg/Meschede** – Die Sauerländer Neonaziszene übt sich als Konzertveranstalter. Am 18. Januar kamen mehr als 300 Zuhörer zu einem Konzert in Schmallenberg-Gleidorf, bei dem unter anderem die Gütersloher Gruppe „Sleipnir“ und – nach Angaben aus Neonazi-Foren im Internet – die hessische Band „Gegenschlag“ spielten. Am 8. Februar sollte der nächste Konzert-Event starten, diesmal in Meschede und unter anderem mit der englischen „Blood&Honour“-Gruppe „Razors Edge“ und den „Barking Dogs“ aus Krefeld. Das Konzert kam nicht zustande, da wenige Tage zuvor der Mietvertrag für den Saal gekündigt worden war. Herbe Kritik – bis hin zu Boykottaufrufen – hatten die Veranstalter einstecken müssen, weil das Konzert am selben Tag wie der Aufmarsch gegen die Wehrmachtsausstellung in Chemnitz (vgl. S. 3) stattfinden sollte.

■ **Stuttgart** – Für Aufregung sorgte im Stuttgarter Landtag der BnR-Bericht (s. BnR 3/03) über die Vergabe der Silbernen Ehrennadel an den notorischen Rechtsextremisten Jürgen Schützinger durch den baden-württembergischen Städtetag. Die SPD-Landtagsfraktion bezeichnete die Verleihung an den rechtsextremen Stadt- und Kreisrat aus Villingen-Schwenningen als „Schlag ins Gesicht aller Demokraten“. Die Auszeichnung bekennender Rechtsextremisten sei unerträglich, sagte der SPD-Abgeordnete Stephan Braun. Schützinger hatte die Ehrennadel im Dezember 2002 vom damaligen Oberbürgermeister von Villingen-Schwenningen Manfred Matusza (CDU) erhalten. Präsident des baden-württembergischen Städtetages ist Bernd Doll (CDU), Oberbürgermeister in Bruchsal.

■ **Thalbürgel** – Die PDS-Landtagsfraktion in Thüringen verlangt von der Landesregierung Auskunft über die Hintergründe eines Millionen-Zuschusses aus öffentlichen Geldern für die Firma Billig-Rade GbR, die ein Altenwohnheim im Saale-Holzland-Kreis gebaut und anschließend an die Arbeiterwohlfahrt vermietet hat. Gesellschafter der Firma ist neben dem CDU-Stadtrat Thomas Billig ein Bauunternehmer mit rechtsextremer Vergangenheit: Reinhard Rade. Der damalige Schönhuber-Vertraute Rade war Bad Tölzer Kreisvorsitzender der Republikaner und „Mitteldeutschland-Beauftragter“ seiner Partei. Im Januar 1993 waren bei Reinhard Rade und dem Neonazi Nicolas Peucelle 1900 Stoffabzeichen mit Hakenkreuzen und anderen NS-Symbolen im PKW beim Grenzübergang Neuhaus am Inn (Österreich) in die Bundesrepublik gefunden worden.

Ausland

■ **Australien (Canberra)** – Die Regierung von Australien hat dem britischen Holocaust-Leugner David Irving wiederholt ein Visa zur Einreise in das Land verweigert. Ein Sprecher des Immigration-Ministeriums erklärte, dass Irving der australischen Regierung mehr als 30 000 Dollar Gerichtskosten schulde, die durch seine Eingaben wegen verweigerter Visa entstanden seien. Irving wurde 1993 in der Bundesrepublik wegen Leugnung der Massenvergasungen in Auschwitz zu einer Geldstrafe verurteilt und ausgewiesen. Er erhielt ein unbefristetes Einreiseverbot.

■ **Österreich (Linz)** – Zu Jahresbeginn wurde die Jugendorganisation der neonazistischen Arbeitsgemeinschaft für demokratische Politik (AFP-Jugend) in Bund freier Jugend (BfJ) umbenannt. Am 8. März will der BfJ in Oberösterreich einen „Tag der Volkstreuen Jugend“ durchführen. Auf dem Programm stehen Referate von Günter Rehak, Herbert Schweiger und Konrad Windisch. Für den kulturellen Rahmen sorgt der NPD-Liedermacher Jörg Hähnel.

■ **Schweiz (Basel)** – Entgegen vorheriger Ankündigung kann die rechtsextreme Partei National Orientierter Schweizer (PNOS) nicht bei der aktuellen Kantonswahl in Baselland antreten. Die von Sascha Kunz, Bauarbeiter und ehemaliger Führungskader der Skinhead-Gruppe „Blood&Honour“ geführte Splitterpartei konnte nicht innerhalb der Frist für die Einreichung von Wahlvorschlägen eine eigene Wahl-liste abgeben.

Postvertriebsstück. Entgelt bezahlt

Adresse:

Berliner vorwärts Stresemannstr.30 10963 Berlin
PVST, DPAG, Entgelt bezahlt, A 13861 9
Heft 04/2003 Abo 401917
Antifaschistisches Pressearchiv und
Lausitzer Str. 10
10999 BERLIN

■ **USA (Sevierville/Tennessee)** – Der Holocaust-Leugner Ernst Zündel wurde verhaftet, weil er nicht zu einem Anhörungstermin der US-Einwanderungsbehörde erschienen ist. Zündel hatte vor zwei Jahren seinen Wohnsitz im kanadischen Toronto verlassen, nachdem ihm die Ausweisung drohte. Angaben eines Sprechers des Immigration and Naturalization Service zufolge kann der deutsche Staatsbürger Zündel, der zweimal vergeblich die kanadische Staatsbürgerschaft erwerben wollte, in den „nächsten Wochen“ in die Bundesrepublik ausgewiesen werden. Solidaritätsaktionen zur Freilassung Zündels haben dessen Ehefrau Ingrid Rimland und der in den USA lebende deutsche Justizflüchtling Gernar Rudolf gestartet.

Impressum

Verlag:

Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH
Stresemannstr. 30, 10963 Berlin
Telefon (030) 25594-100, Fax 25594-192

Redaktion:

Gabriele Nandlinger (verantwortlich)
Stresemannstr. 30, 10963 Berlin
Telefon (030) 25594-174, Fax 25594-499
e-mail: nandlinger@bvr.de
Internet: <http://www.bvr.de>

Kommentatoren:

Ralf Bachmann (Berlin)
Heiner Lichtenstein (Köln)

Layout:

Heidemarie Lehmann

Herstellung:

Braunschweig-Druck GmbH, Ernst-Böhme-Str. 20
38112 Braunschweig

Abonnementverwaltung/Vertrieb:

Telefon (0 30) 2 55 94 - 130, Fax 2 55 94 - 199

Bankverbindung:

Postbank Berlin, BLZ: 10010010, Konto-Nr.: 673906-109
Erscheint 14-täglich, Bezug nur im Abonnement
Preis 75,00 Euro jährlich, inkl. Porto
Ermäßigt 43,00 Euro inkl. Porto
Probeabonnement (6 Hefte), Preis 13,00 Euro inkl. Porto.